

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 70 Pfg. durch die
Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinsten alte
Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 6.

Dienstag den 14. Januar 1919.

19. Jahrgang.

Die Interessen Wiesbadens.

Ein Mahnruf an die Waffenstillstandskommission.

Wie wir erfahren, hatten die ausländischen Wiesbadener Behörden — Regierungspräsident und Landrat — die französische Besatzungsbehörde gebeten, im Interesse der Bevölkerung den schmalen Streifen, der zwischen der Dreißigkilometerzone der Brückenköpfe Mainz und Koblenz als neutrale Zone verbleibt, dem besetzten Bezirk Wiesbaden anzugliedern. Der Grund zu diesem Ersuchen liegt hauptsächlich in dem Umstande, daß die Stadt Wiesbaden aus diesem neutralen Bezirk, insbesondere aus der Gegend von Limburg mit ihrer blühenden Landwirtschaft, wesentliche Teile ihres Lebensmittelsbedarfes bezieht, die Abschließung aber so erhebliche Verkehrsschwierigkeiten im sich schließt, daß die Versorgung Wiesbadens unter den derzeitigen Umständen ernstlich in Frage gestellt wird. Die französischen Behörden hatten sich im Interesse der deutschen Bevölkerung des Bezirks Wiesbaden, die ja auch gleichzeitig die Interessen der französischen Besatzungstruppen sind, bereit erklärt, diesen Antrag der Waffenstillstandskommission vorzulegen. General v. Winterfeldt habe aber im Namen der deutschen Waffenstillstandskommission den Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß es nicht im militärischen Interesse Deutschlands liege, diesen schmalen neutralen Streifen abzuscheiden. Eine solche Begründung ist uns nicht verständlich, da wir die militärischen Interessen Deutschlands an diesem Streifen nicht sehen, die derart wichtig wären, daß sich die Ernährung des besetzten Gebietes Wiesbaden ihnen unterordnen müßte. Wenn unsere Gegend aus von den Franzosen besetzt ist, so bleiben wir doch deutsch, und unsere Interessen müssen von der deutschen Regierung nach Möglichkeit wahrgenommen werden, genau so wie die Interessen der Bevölkerung im unbesetzten Gebiet. Das verlangt außerdem der Waffenstillstandsvertrag, der den Alliierten keinerlei Verpflichtung auferlegt, für die einheimische Bevölkerung der besetzten Gebiete zu sorgen. Hier außer den Interessen der Ernährung sprechen auch politische Interessen für die Angliederung der geschnittenen Zone an den französischen Verwaltungsbezirk Wiesbaden. Die Nationalwahl steht vor der Tür; wir sind aber nicht imstande, uns mit der außerhalb des besetzten Radius liegenden Gemeinden in genügender Verbindung zu setzen, um eine Verständigung und ein Zusammengehen in diesem wichtigen Augenblick für Deutschlands Zukunft zu erzielen. Auch sehr wichtige allgemeine Verkehrsinteressen sprechen für den Antrag der Wiesbadener Behörden. Da das deutsche Heer doch demobilisiert und außerdem infolge der parlamentarischen Umtriebe zum erheblichen Teile demoralisiert und aufgelöst ist, können wir die Ablehnung des Antrags unter der Begründung entgegenstehender militärischer Interessen nicht als stichhaltig anerkennen; wir glauben vielmehr, daß das negative Ergebnis der Verhandlungen auf ein Mißverständnis zurückzuführen ist, zumal die deutsche Waffenstillstandskommission früher schon einmal die Aufgabe dieses neutralen Streifens gegen anderweitige Kompensationen angeboten hatte. Bei der schweren Schädigung, die den wirtschaftlichen Interessen sowohl des Amberg-Forchheimer wie des Wiesbadener Bezirks durch die Abkürzung zugefügt wird, glauben wir die Forderung aufstellen zu dürfen, daß die Frage nochmals in der Waffenstillstandskommission zur Sprache gebracht werde.

Es gibt auch noch weitere Gründe, die es erwünscht scheinen lassen, das angebundene landwirtschaftliche Hinterland Wiesbadens der Verwaltung der revolutionären A. u. S. Räte zu entziehen. Wie vor einiger Zeit der Frankfurter A. u. S. Rat so hat kürzlich derjenige von Landau sehr große Mengen Weizen, die für die Weiterleitung nach Wiesbaden zur Brotversorgung bestimmt waren, einfach beschlagnahmt und darüber anderweitig verfügt. Und wir in Wiesbaden hatten den Schaden davon. In Wiesbaden herrscht zwar unter der französischen Verwaltung Ordnung und Ruhe, aber davon allein können wir pfefferding nicht leben. Wir erwarten daher von den deutschen Unterhändlern in Spaß, daß sie bei ihren Beschlüssen auch die Interessen der deutschen Bevölkerung im zwar besetzten, aber immer noch und für alle Zukunft deutschen Gebiete berücksichtigen. Oder will man uns aufgeben?

Die sicherste Brücke.

Für den blutigen Irrsinn der Berliner Gasse findet keine Presse schärferer Worte als die der rechtsstehenden Mehrheitsfraktionen. Sie glauben aufrichtig und ehrlich daran, daß die von ihnen vorbereitete und unterstützte Revolution für Deutschland einen ungeheuren Gewinn bedeute; es fränt sie deshalb doppelt bitter, daß Folgeresultate dieser mit hellem, hohem Klang gefeierte Umwälzung Deutschland tiefer in den Not wälzen. Sie haben diese Folgeresultate nicht gewollt und nennen einen Verleumder jeden, der wegen der Berliner Ereignisse vor der Sozialdemokratie warnt. Wenn Menenius Agrippa noch lebte, der einst im alten Rom durch die Fabel vom Bauch und den ausländischen Gliedern den Frieden zwischen Patriziern und Plebejern vermittelte, würde er seinen Hörsitz ergötzen: Ein Heer mußte einen tiefen und gefährlichen Strom kreuzen. Ueber den Strom führte eine steinerne Brücke, außerdem war der Strom mit Eis bedeckt. Ein Teil

der Soldaten sagte: „Wir wollen die Brücke benutzen, sie steht schon viele Jahrhunderte, und ihr können wir uns ruhig anvertrauen.“ Ein anderer Teil sagte: „Nein, laßt uns über das Eis marschieren, es bietet eine bequemere und breitere Bahn. Seht die feste, dicke Eisschicht, sie wird uns sicher zum andern Ufer tragen!“ Der erste Teil erwiderte: „Die Eisschicht sieht fest und dick aus, aber darunter spülen Tag und Nacht die wilden Basser. Schaut, hinten haben die Wellen gerade wieder eine breite Schale losgerissen und mitgerissen! Habt ihr eine Ahnung, daß nicht die stehende Decke zerreiht, wenn ihr darüber marschiert, und daß nicht der Strom euch verschlingt?“ Das Heer wählte die Brücke. Die Brücke aber sind die parlamentarischen Parteien, das Eis die Mehrheitsfraktionen und die verwerflichen Gewässer die Unabhängigen und Sozialisten.

Wir empfehlen unseren Lesern, von den Wählern diejenige der Deutschen Volkspartei in die Urne zu werfen. Sie beginnt mit den Namen „Recher-Recher“.

Die Deutsche Volkspartei zur polnischen Frage.

Die Deutsche Volkspartei hat folgende Telegramme abgeschickt:

An den Rat der Volksbeauftragten zu Osnabrück:

Die Deutsche Volkspartei erhebt energischen Protest

dagegen, daß viele hunderttausend deutsche Staatsbürger innerhalb des deutschen Reichsgebietes schuldlos polnischer Willkür ausgeliefert sind. Wir verlangen, daß die Reichsregierung das elementare Recht des deutschen Bürgers, gegen Gewalttaten polnischer Haufen geschützt zu sein, endlich als ihre Pflicht anerkennt. Eine Regierung, die nicht verhindern kann, daß während des Waffenstillstandes durch die noch nicht als Staat anerkannte polnische Nationalarmee Gebiete des Deutschen Reichs vom Reichsgebiet abgeschnitten werden, kann nicht als deutsche Regierung anerkannt werden.

An die preussische Regierung zu Osnabrück:

Die Deutsche Volkspartei nimmt mit voller Entzückung

von den Erklärungen des Ministers Ernst Reuter an, daß durch die Schließung unserer Regierung die polnische in Polen außerordentlich bedrohlich geworden sind. Wir verlangen schärfsten Schutz der Deutschen gegen polnische Willkür und Gewalttat. Wir verlangen, daß die preussische Regierung allen Einfluss auf die Reichsregierung ausübt, um die Hände zu beseitigen, die nicht nur vor aller Welt der Lächerlichkeit ausgesetzt, sondern auch das Nationalbewusstsein aller Deutschen aufs tiefste verletzen müssen.

Deutsche Volkspartei: Dr. Leidig, Dr. Stressemann.

Kämpfe der Alliierten in Russland.

Auf dem Donogast wurden am 20. Dez. Unternehmungen ausgeführt, die das Ziel hatten, die Linie, die im Winter ausgedehnt werden soll, zu sichern und die feindlichen Aufstellungen von neuem zu werfen. Die Stellung der Feinde am Donogast sind angegriffen und erlitten worden. Dabei ist die Front der Alliierten den Fluss Donogast ungefähr 12 Meilen vorgedrungen worden.

Am 1. Januar hat der Feind die neuen Stellungen der Alliierten angegriffen und ist mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden.

Am 4. Januar sind die alliierten Truppen auf weitere Stellungen vorwärtswärts zurückgenommen worden. Die Operation vollzog sich in guter Ordnung und ohne Unterbrechung zu werden.

Am 30. Dezember haben die alliierten Truppen die Stadt Rostow am Donogast, 37 Meilen von dem Zusammenstoß dieses Stromes mit der Donogast gelegen, besetzt. Sie besetzten sehr eine unmittelbar im Süden dieser Stadt gelegene Front.

Am Donogast, 8 Meilen vorwärtswärts von Rostow, besetzten die Alliierten einen nach dem Osten gerichteten

Die Nationalversammlung.

Was das deutsche Volk erwartet.

Wenn am 19. Januar die deutsche Nationalversammlung gewählt sein wird, so wird sie mit denkbar möglicher Beschleunigung zusammentreten müssen. Das ein Tag in Berlin unmöglich ist, darüber sind alle denkenden Köpfe sich einig. Es ist Sache der gegenwärtigen Regierung, für die Möglichkeit des Tages an einem anderen Orte zu sorgen. Ebenso ist es Sache der gegenwärtigen Regierung, dafür zu sorgen, daß für den Schutz der Nationalversammlung eine zuverlässige militärische Macht bereit steht, welche jede Störung ihrer Verhandlungen, sie mag von einer Seite kommen, woher sie will, mit vollem Nachdruck sofort unterdrückt. Die Ausführung liegt dem neuen Kriegsminister ob.

Von der Nationalversammlung erwartet das Volk vor allem Eaten, nicht Worte. Mit langen Reden wird jetzt nichts mehr genützt. Die Art der Verhandlungen, wie sie in den letzten Tagen des Reichstages üblich geworden war, mit endlosen Reden, schweren gegenseitigen Anschuldigungen, sensationellen Zwischenfällen und großem Lärm, ist jetzt einfach unmöglich. Beim Reden kommt nichts mehr heraus. Soweit eine feste Mehrheit in der Nationalversammlung nicht vorhanden sein sollte und die Frage schwebt, soll man in jedem Falle einfach abstimmen.

Sobald die neu gewählten Vertreter des deutschen Volkes zusammentreten, wird nach alter parlamentarischer Übung der Alterspräsident den Vorsitz übernehmen. Seine einzige Sorge wird sein, die Wahl eines Präsidenten der Nationalversammlung herbeizuführen. Man muß erwarten, daß die Parteien sich vorher über die Person verständigt haben. Dann würde der Präsident am besten durch Zufall bestellt. Der neue Präsident muß sofort für eine Geschäftsordnung sorgen. Am besten wird die Geschäftsordnung des bisherigen Reichstages einfach übernommen. Für Änderungen und lange Verhandlungen über solche ist keine Zeit. Sobald ist sofort die Wahl eines Präsidenten der Republik vorzunehmen, damit das Deutsche Reich wieder ein allgemein anerkanntes Oberhaupt hat, welches vom Ausland als verhandlungsfähig betrachtet wird. Auch hierbei muß erwartet werden, daß die großen Parteien sich vorher über die Person verständigt haben werden, so daß die Wahl ohne Zeitverlust vor sich gehen kann.

Der neu gewählte Präsident der Republik hätte sodann alsbald ein Ministerium aus den Führern der Parteien zu ernennen, und zwar nach den Grundsätzen des parlamentarischen Systems, nicht nach den Interessen einer einzelnen Partei. Auch dieses Ministerium muß rechtzeitig so vorbereitet sein, daß der Präsident es sofort ernennen kann. Dieses Ministerium, der neue Reichskanzler an der Spitze, muß dann sofort, wohl nur mit einer kurzen Erklärung, sich der Versammlung und dem Lande vorstellen und dann ein Vertrauensvotum erbitten. Sobald das neue Ministerium ein Vertrauensvotum erhalten hat, von dem zu wünschen wäre, daß es möglichst einstimmig ausfallen könnte, hat es festen Boden unter den Füßen, sowohl nach innen wie nach außen. Alle anderen Regierungsgewalten, vom allem die Arbeiter- und Soldatenräte, sind dann erledigt. Alle früheren Zivil- und Militärbehörden unterstehen dann einzig und allein dem neuen Ministerium. Die militärische Schutztruppe ist danach sofort auf den neuen Präsidenten und das neue Ministerium zu verlegen.

Alles das muß am ersten Tage geschehen. Es kann auch am ersten Tage erledigt werden, wenn sich unter den Führern der Nationalversammlung Männer finden, welche begreifen, was die Stunde heißt, und denen ihre Fraktionsgenossen dann vertrauensvoll folgen. Die kann man sich nicht mehr die gewöhnliche Art parlamentarischer Verhandlungen zum Muster nehmen, sondern nur diejenige Art, wie in Not- und Ausnahmefällen parlamentarische Völker aller Nationen ihre Geschäfte zu besorgen pflegen. In England hat man stets verstanden, in Notfällen gegen feindliche Störungen und Verwicklungen radikal vorzugehen, um in kurzer Frist ordnungsmäßige Mehrheitsbeschlüsse herbeizuführen. Das die französische Nationalversammlung in Bordeaux im Jahre 1871 konnte, müssen auch wir jetzt können. In einer solchen Lage gibt es nichts Ähnlicheres als Anfeuern über Verfassung der Redefreiheit, Ueberrückung der Geschäftsordnung und dergleichen. Die Redefreiheit ist nicht da, um das Handeln zu verhindern, und die schwebelichten Exzesse haben nicht das Recht, den Männern der Tat die Rettung des Vaterlandes unmöglich zu machen.

Für die Nationalversammlung ist vor allem die Frage der Niederhaltung aller völkerverwundlichen Bestrebungen die Frage um Leben oder Tod. Das alle in

Lokales und Allgemeines.

Unlautere Wahlzettel. Nach § 42,7 der Wahlordnung ist ein Stimmzettel, der Namen aus verschiedenen Wahlkreisen enthält, ungültig. Ein Stimmzettel also, der im allgemeinen die Parteifrage einer Partei, beziehungsweise einen Namen aus einer anderen Liste enthält, nach als ungültig erklärt werden. Bei der ungewissenheit der diesmaligen Wahlen ist aber wohl damit zu rechnen, daß versucht wird solche Stimmzettel anzufertigen. Jeder derartige Parteivorstand in Stadt und Land wird also sorgfältig warnen müssen, wie er zu verfahren hat, um solche unlauteren Machenschaften zu verhindern oder unschädlich zu machen. Besonders muß es sich auch darauf hüten, was zu geschehen hat, wenn solche Unlauterkeiten noch am Wahltag selbst — vielleicht erst in vorgerückter Stunde — gemacht werden. Auch die Wahlkreiseleiter werden gut tun, sich durch gelegentliche Einsprüche von der ehrenwerten Sache der Wahlzettel zu überzeugen und etwaige Bedenken sofort zu melden. Der einzelne Wähler kann sich natürlich leicht in dieser Hinsicht täuschen. Er braucht nur sämtliche Namen bis auf einen, von dem er bestimmt weiß, daß er auf der Parteiliste steht, zu durchstreichen. Ein solcher Wahlzettel ist gültig.

• Die Wahl zur Nationalversammlung findet am kommenden Sonntag um 8 Uhr (West-Europ. Zeit) statt. Siehe Bekanntmachung.

• Die Versammlung der Sozialdemokratischen Partei am Samstag Abend war verhältnismäßig schwach besucht. Herr Haege der als Referent hinzu gezogen war behandelte sein Gebiet recht gut. Da keine Diskussion zugelassen, verlief die Versammlung sehr einseitig. — Dasselbe war bei der Versammlung am Sonntag des demokratischen Bürgervereins der Fall. Herr Direktor Dr. Höfer erwies sich als ein sehr geschulter Redner. Auch hier litt die Versammlung unter der ausfallenden Diskussion. Nur ein Zwischenruf von gegnerischer Seite beim Thema 10 Gebote Hofmann erfolgte. Auch diese Versammlung war für einen Sonntag wo doch die Zeit vorhanden ist, schlecht besucht.

• Die Dauer-Reiseerlaubnischeine sind bis morgen Mittwoch früh 9 Uhr auf hies. Bürgermeisterei zurückzugeben.

• Die Einquartierung mußte, was einen Teil der Pferde anbelangte im Freien nächtigen. Der Weg hinauf nach dem Wirtshaus sah infolgedessen einem Wandersfeld recht ähnlich. Die Spuren davon waren gestern noch deutlich sichtbar.

Bekanntmachungen.

Die Ausgabe von Koblroben, findet wie bisher von 1 bis 3 Uhr statt.

In der Stallung der Firma L. Reitenmeyer Viehdich Waldstraße ist die Pferdeherde ausgebrochen. Zum Schutze der hiesigen Pferdebestände wird dies zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Formulare zur Umsatzsteuererklärungen können auf der Bürgermeisterei hieselbst in Empfang genommen werden, dies wird zur Kenntnis der Steuerpflichtigen gebracht. Steuerpflichtige, denen es nicht möglich sein sollte, die Steuererklärung selbst auszufüllen, und an den Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden einzusenden, können die Steuererklärungen beim Bürgermeisteramt hieselbst abgeben. Die Steuererklärungen müssen bis zum 31. ds. Mts. beim Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden eingereicht sein. Bei Nichtabgabe des Termins trifft den Steuerpflichtigen ein Zuschlag von 5%.

Sämtliche für den Verkehr innerhalb des Stadt- und Landkreises Wiesbaden ausgegebenen Dauer-Reiseerlaubnischeine wurden für ungültig erklärt. Um sie mit dem für die Gültigkeit erforderlichen Vermerk (Nummer) versehen zu können, müssen diese Scheine sämtlich den 15. ds. Mts. vormittags 9 Uhr auf dem Bürgermeisteramt (oberer Saal) abgegeben werden.

Der Termin zur Wiederempfangnahme wird noch bekannt gegeben. Auf der Rückseite der Erlaubnischeine müssen die Inhaber die Wohnung (Straße und Hausnummer) vermerken.

Bierstadt, den 14. Jan. 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Im Interesse der Bierstadter Erwerbslosen, wie auch im allgemeinen Interesse der Gemeinde, der nach dem Gesetze betr. die Erwerbslosen-Fürsorge eine vorläufige Geldunterstützung der Erwerbslosen zufällt, werden hiermit in dieser verdienstlosen Zeit alle Bierstadter Arbeitgeber höflich und dringend gebeten etwaige Arbeiten durch die Erwerbslosen ausführen zu lassen.

Inbesondere geht diese Bitte an die Landwirte, Hausgrund u. Gartenbesitzer, wie auch an diejenigen Haushaltungen, die weibliches Personal gebrauchen.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auch zur tageweisen, halbtägigen u. stundenweisen Beschäftigung auf die Bierstadter Erwerbslosen zurück gegriffen werden kann.

Alle derzeitigen Wünsche, ganz besonders für Haus- Feld u. Gartenarbeiten bitten wir täglich an Herrn Oscar Kremer auf der Bürgermeisterei Zimmer 7 zu richten. Mit der dort eingerichteten Erwerbslosen-Fürsorge ist gleichzeitig ein Arbeitsnachweisstelle für Arbeiter innerhalb der Gemeinde verknüpft, durch die alle vorhandenen Arbeitskräfte sofort nachgewiesen werden können.

Der Gemeinderat u. der Erwerbslosen-Fürsorge-Ausschuß

Es wird an die sofortige Zahlung der am 10. Januar fällig gewordenen Besitzsteuer erinnert.

Die Polizeistunde für die Wirtschaften und Kaffee's ist auf Abends 8 Uhr 30 Minuten und für den Verkehr der

Bürgerpersonen auf der Straße auf 10 Uhr 30 Minuten festgesetzt, was zur Kenntnis und genauen Beachtung der hiesigen Einwohner, Wirtschaft- und Kaffeehausbesitzer gebracht wird.

Die am 6. Januar 1919 stattgehabte Vergebung des Tagelohnfuhrwerks hat, die Genehmigung nicht erhalten und findet eine nochmalige Vergebung infolge eingelegter Nachgebots am Freitag den 17. Januar 1919 Mittags 12 Uhr im Rathaus hieselbst statt.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle von den einquartierten Truppen zurückgelassenen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, sowie Munition sofort nach dem Abzug der Truppen auf der Bürgermeisterei hieselbst abgeliefert werden müssen. Der Nichtablieferung der zurückgelassenen Gegenstände hat schwere Strafen zur Folge.

Bierstadt, den 14. Jan. 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Es ist wahrgenommen worden, daß während der Benutzung der Schulen und der Kleinkinderschule zu Einquartierungen Kinder und auch erwachsene Personen den Platz vor und zwischen den Schulen und auch die Schulen selbst betreten und dort allen möglichen Unfug und Sachbeschädigungen verüben. Dies gibt Veranlassung, das Betreten des Platzes an und zwischen den Schulen an der Schulgasse und Hofstraße sowie das Betreten der Schulen an der Schulgasse und Hofstraße, sowie der Kleinkinderschule an der Friedrichstraße zu verbieten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit 9 Mk. Geld ev. entsprechender Haftstrafe geahndet. Für durch Kinder verübte Sachbeschädigungen werden außerdem die Eltern derselben verantwortlich gemacht.

Betrifft Wahl zur Nationalversammlung

Die Wahl der Abgeordneten für die Nationalversammlung findet am Sonntag, den 19. Januar 1919 von vormittags 8 Uhr bis 7 Uhr nachmittags statt.

Die hiesige Gemeinde ist hierfür in zwei Stimmenbezirke eingeteilt.

Der Stimmbezirk Nr. 1 umfaßt die Straßen:

District Antam, Adlerstraße, Aussichtstraße, Bierstadterhöhe, Blumenstraße, Feldstraße, Grenzstraße, District Haiern, Hainerstraße, Hermannstraße, Morigstraße, Neugasse, Privatstraße, Röderstraße, Rheinstraße, Rathausstraße, von Hausnummer 15 bezw. 30 bis Ende Taunusstraße, Wartestraße, Wiesbadenerstraße, Wilhelmstraße, H. Wilhelmstraße, u. Wilhelminenstraße.

Das Wahllokal für 1. Stimmbezirk befindet sich in der Schule an der Adlerstraße unterer Schulsaal links vom Eingang.

Wahlvorsteher: Karl Heymach 1 Landmann

Stellvertreter: Karl Hirsch, Gartenarchitekt.

Der Stimmbezirk Nr. 2 umfaßt die Straßen:

Adelheidstraße, Binger, Ellenbogengasse, Erbenheimerstraße, Friedrichstraße, Hintergasse, Hofstraße, Honiggasse, Hof Lindental, Jägerstraße, Jagdstraße, Kirchgasse, Kloppeheimerstraße, Langgasse, Rathausstraße, von Nr. 1 bis einschl. Nr. 14 bezw. Nr. 2 bis Nr. 18 einschl. Sandbachstraße, Schulgasse, Schwarzgasse, Talstraße, Vordergasse, u. Mosbacherweg.

Das Wahllokal für den 2. Stimmbezirk befindet sich im unteren Rathausaal.

Wahlvorsteher: Karl Wiltz, Bierbrauer. Landmann

Stellvertreter: Heinrich Witz, Lehrer.

Bierstadt, den 11. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Der Administrateur du District de Wiesbaden hat gestattet, daß von jeder politischen Partei, welche Wahlvorschläge eingereicht hat, 2 Wahlversammlungen in jedem Kreise abgehalten werden. Die Bestimmung darüber an welchen Orten die Versammlungen abgehalten werden dürfen ist Sache des Landrates.

Der Schriftliche Verkehr der Wahlbehörden und der politischen Parteien untereinander und mit dem Wahlkommissar in Kassel ist gestattet, muß jedoch durch meine Hand gehen. Indem ich hiervon Kenntnis gebe, ersuche ich dies unverzüglich in der Gemeinde bekannt machen.

Der Landrat

J. B. a. z. Kobl.

Am 21. Januar 1919 vorm. 10 Uhr werden an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61 ein Ader und zwei Wiesengrundstücke der Gemarkung Sonnenberg am Totenweg 2. Gewann, Hofwiese und Zennelbach 1. Gewann, 7 ar 74 qm 2 ar 1 qm und 2 ar 65 qm zwangsweise versteigert.

Wiesbaden, den 7. Januar 1919.

Amtsgericht Abteilung 9.

Riffige spröde Hände heilen über Nacht durch Einreibung mit chemisch reinem

Glycerin

Großcreme Tuben a 75 Pf.

gegen Frost.

Drogerie

Arthur Lehmann,

— Bierstadt —

Wiesbadenerstraße 4, Ecke

gegenüber der Post.

Telephon 3267.

Reklame
bringt
Gewinn!

Parterre Wohnung

Vordergasse 1, in welcher seit über 30 Jahren ein Friseur-Geschäft betrieben wurde, ist anderweitig zu vermieten.

Sung

Lebertranemulsion

zur Kräftigung für kleine Kinder Fl. 5.— Mk.

Drogerie Arthur Lehmann

Bierstadt,

Wiesbadenerstr. 4

Ecke Adlerstraße, gegenüber der Post.

Telephon 3267.

Habe meine Praxis für Privat und Kasse wieder aufgenommen.

Zahnarzt Dr. Ost

Wiesbaden

Gr. Burgstr. 9.

Prima Pferdefleisch

von frischgeschlachteten Ia Bauernpferden

täglich frisch zu haben

Bierstadt, Jgstadterstr. 5.

Echt chinesisches Tee

Patet 1.40 Mk.

Drogerie Arthur Lehmann

— Bierstadt —

Wiesbadenerstraße 4

Ecke Adlerstraße.

Telephon 3267.

Demokratischer Bürgerverein

Geschäftsstelle: Im Bären.

Die Sprechstunden findet Mittwoch und Samstag

wieder von 6—8 Uhr statt.

Unabhängige sozialdemokrat. Partei.

Partei und Wahlbüro

Wiesbaden, Walramstraße 20,

Nähe Wellrichstraße

Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Das Wahlbüro

der

Sozialdemokrat. Partei

beendet sich

Wiesbaden, Wellrichstraße
im Gewerkschaftshause

Anmeldungen zur Partei, Spenden zum Wahlfonds werden jederzeit entgegengenommen, auch Auskünfte erteilt.

J. Vodenka

Anfertigung feiner Damen-Kleider

und Mantel aus eigenen sowie

mitgebrachten Stoffen

Wiesbaden, Langgasse 24, I

Tel. 1331.

Haben Sie Reparaturen

an

Rolläden und Jalousien

so rufen Sie die Nummer 1710 (Grüne Radler) an, sofort kommen einige Fachleute am Platze, um die Reparatur vorzunehmen.

Man achte genau auf Adresse, um Identität gegen eine andere Firma vorzubringen.

Bestellungen werden entgegengenommen bei Haag, Wiesbaden, Rheingauer Straße 15, 5th.

Rolladen-Institut Metzger,
Wiesbaden, Mauritiusplatz 8.

Beachten Sie unsere Inserate!

Elektrisches Installationsmaterial — Osramlampen —

Flack, Wiesbaden, Luisenstrasse 44
neben Residenztheater

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

Skarät. Gold 333 17/50
gestempelt von Mk. an

BOK, WIESBADEN

Langgasse 4.

Demnächst beginnt mein

Haupt-Tanzkursus

wozu jetzt schon Anmeldungen entgegengenommen werden.

Tanzinstitut G. Diehl, Inh. Carl Diehl u. Frau,
Wiesbaden, Scharnhorststr. 29, P. I. Ge. ründ. 1888.

Kleider und Schuhe

auch reparaturbedürft. kauft höchstzahl.
Ludwig, Wiesbaden, Mauritiusstr. 6.

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Meine kräftigen

Wand-Kaffeemühlen

mahlen fast alles.

Ph. Krümer, Wiesbaden, Langgasse 26.

Färberei

Aus dem Felde zurück, teile ich meiner geehrten Kundschaft mit, dass ich die Leitung meines Geschäftes wieder übernommen und empfehle mich in allen vorkommenden Arbeiten zum Färben und Reinigen von Herren- und Damenkleidern, Decken, Uniformen, Mänteln usw. in einigen Tagen bei mässigen Preisen.

Hochachtungsvoll

Leonhard Grosch, Wiesbaden

Färberei und chemische Reinigungsanstalt.

Laden Moritzstrasse 34

Fabrik: Göbenstrasse 15.

Künst-
liche

Höhensonnenbäder

empfehlen das Institut für
Lichtbehandlung u. Homöopathie
v. Dir. a. D. G. Glass, Wiesbaden
Mauritiusstrasse 1.

Tanz-Institut G. Diehl

Gegründet 1888.

Inh.: Carl Diehl und Frau

Aus dem Felde zurück, habe ich das von meinem verstorbenen Vater seit 30 Jahren geführte

Tanz-Lehr-Institut

übernommen und empfehle mich den geehrten Herrschaften zur Erlernung aller Rund- und Gesellschafts-Tänze.

Beginn des Haupt-Tanzkursus demnächst.

Tanz-Institut G. Diehl, Inh. Carl Diehl u. Frau
WIESBADEN Scharnhorststrasse 29, Part. links.

— Waschtöpfe —
wenig gebraucht zu
verkaufen.
Bierstädter Höhe 59.

Dachwohnung.

Zimmer, Küche und Keller
sowie oder später zu ver-
mieten. Erbenheimerstr. 12.

Mädchen

für einige Stunden
am Tage gesucht.
Zu erfragen in der
Geschäftsstelle der Ge-
schäftsstelle der Bierstädter
Zeitung.

Ordentliches, zuverlässiges
Mädchen für Küche und
Hausarbeit in ruh. herrsch.
Haushalt gef. Frau Berg-
werks-Direktor Erdmann,
Wiesbaden, Gart.-str. 13.

Kaufmännische

Privatschule

Walter Paul

Wiesbaden

24 Kirchgasse 24, II.

Stener-

Erklärungen

u. Berufungen

Vermögens-Verwaltungen,
Errichtungen, Fortführ.,
Abschluss und Revision von
Geschäftsbüchern, Ausarb.
von Schriftsätzen und Gut-
achten überm. in pünktl. ge-
wissenh. und versch. Weise
bei mässigen Honorar

Heinrich Leicher

Bücherrevisor und kaufm.

Sachverständiger,

Wiesbaden,

Bahnhofstr. 2. Tel. 743.

Fernruf 743.

Kaufmännische

Privatschule

Heinrich Leicher

Gegründet 1898.

Wiesbaden,

2 Bahnhofstrasse 2,

Ecke Rheinstrasse.

Beginn neuer

Tag- u. Abendkurse

Lehrpläne

gerne zu Diensten.

Was will

die sozialdemokratische Partei?

Volksgenossen! Volksgenossinnen!
Männer und Frauen!

Nur noch kurze Zeit trennt uns von der Wahl und das Volk soll durch den Stimmzettel entscheiden, welcher Partei es sein Vertrauen schenken will. Die Wahl dürfte nicht schwer fallen. Die Parole muß lauten:

Für die sozialdemokratische Partei!

Denn nur sie war es, die auf den Trümmern des alten, morschen, militärischen, bürokratischen Obriststaates einen

neuen, freiheitlichen sozialistischen Volksstaat

aufbauen kann. Alle anderen Parteien haben bei der gewaltigen politischen Umwälzung abseits gestanden. Jetzt zwar versuchen sie durch ihre Wahlausrufe den Glauben zu erwecken, als ob sie schon früher für eine freiheitliche Gesetzgebung und Verwaltung eingetreten wären.

Dem ist aber nicht so! Das Verhalten aller anderen Parteien in den bisher bestehenden gesetzgebenden Körperschaften hat gezeigt, daß sie kein Hemmschuh der freien politischen Entwicklung gewesen sind.

Nur die sozialdemokratische Partei hat getreu ihrem Programm stets durch die Tat bewiesen, daß sie einzig und allein unerschrocken für die Umänderung des alten volksfeindlichen Staatssystems gearbeitet und gekämpft hat.

Eine Hauptforderung der sozialdemokratischen Partei ist die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, an Großgrundbesitz (Rittergüter, Fideikomisse) Gruben, Bergwerken, Verkehrsmitteln in Gemeineigentum, also Staatseigentum. Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht nur des arbeitenden Volkes, sondern des gesamten Menschengeschlechtes.

Weiter fordert die Sozialdemokratische Partei:

Allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts zu allen Körperschaften.

Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes.

Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau im öffentlichen und privaten Leben gegenüber dem Mann benachteiligen.

Erklärung der Religion zur Privatsache. Die kirchlichen und religiösen Gemeinden sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig regeln.

Weltlichkeit der Schule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel nicht nur in der Volksschule, sondern auch in allen höheren Bildungsanstalten.

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtspflege durch vom Volk gewählte Richter. Abschaffung der Todesstrafe.

Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und Heilmittel.

Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Befreiung aller öffentlichen Ausgaben. Erbschaftsteuer stufenweise steigend nach dem Umfang des Erbgutes u. nach dem Grade der Verwandtschaft. Zur Befreiung der ungeheuer angewachsenen Kriegsschulden ist eine restlose Erfassung der Kriegsgewinne durchzuführen.

Deutschland kann nur gefunden, wenn es ein geschlossener Einheitsstaat bleibt.

Die sozialdemokratische Partei verwirft daher alle Abzweigungsversuche vom Reiche, wie sie jetzt in unverantwortlicher Weise betrieben werden, von Leuten, die sich als Vaterlandsfreunde gebärden.

Wähler und Wählerinnen! Wer will, daß unsere Forderungen zum Wohle des gesamten Volkes im neuen Staatswesen zur Durchführung kommen, der trete für die sozialdemokratische Partei ein, der

wähle die Scheidemannliste!

An dem deutschen Volke liegt es, Deutschlands Zukunft, Deutschlands Schicksal in die Hände einer sozialdemokratischen Mehrheit zu legen.

Sozialdemokratische Partei für den Wahlkreis
Wiesbaden = Biebrich = Rheingau-Untertaunus.